

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Monheim am Rhein vom 10.05.2012

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:22 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Karsten Köchling
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana Vertretung für Herrn Florian Große-Allermann
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel Vertretung für Herrn Lucas Risse

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Frau Gabriele Hackel Vertretung für Herrn Günter Bosbach
Herr Thomas Heinen
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher ab 17:32 Uhr

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber

parteilos

Frau Lilo Friedrich

es fehlen entschuldigt

Herr Günter Bosbach

Herr Florian Große-Allermann
Herr Benjamin Daniel Kenzler
Herr Lucas Risse
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Oliver Brügge
Herr Martin Frömmer
Herr Max Herrmann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost

Gast

Herr Dr. Jochen Heide

zu TOP nö 6

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Auflösung des Grundschulverbundes an der Armin-Maiwald-Schule VIII/0882
5. Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg VIII/0889
6. Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz - Anbau von drei Gruppen an bestehenden Kindertagesstätten im Berliner Viertel VIII/0897
7. Mündliche Mitteilungen

- 7.1. Sachstand Verfahren CO-Pipeline
- 8. Mündliche Anfragen
 - 8.1. Einheitslastenabrechnungsgesetz
 - 8.2. Sachstand papierloser Rat
 - 8.3. Umfrage bei der freiwilligen Feuerwehr
 - 8.4. Meldesystem im Internet
 - 8.5. Zufahrt zur Bürgerwiese

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kenzler der Fraktion Die Linke habe sich für die Sitzung entschuldigt, so der Bürgermeister.

Der Sprecher der CDU-Fraktion vertritt die Meinung, dass TOP 5 des nichtöffentlichen Teils, Vorlage Nr. VIII/0911 – Vergabekriterien im Rahmen der neuen Ansiedlungsstrategie- von öffentlichem Interesse sei und daher auch öffentlich diskutiert werden solle. Lediglich die letzte Seite der Anlagen sei nichtöffentlich, da hier Einzelheiten zu ortsansässigen Firmen genannt seien.

Diese Frage sei im Wirtschaftsförderungsbeirat ausführlich diskutiert worden, erwidert der Bürgermeister. Hier sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil erforderlich sei, da damit zu rechnen sei, dass es nicht um die reine Verabschiedung der Kriterien gehe, sondern einzelne Punkte, z. B. im Zusammenhang mit den Steuerzahlungen bereits vorhandener Betriebe, besprochen würden. Daher sei eine öffentliche Diskussion nicht möglich. Da es sich hier um einen Punkt der nichtöffentlichen Tagesordnung

handele und noch zahlreiche Wortmeldungen zu verzeichnen seien, schließt der Bürgermeister die Öffentlichkeit aus.

Die Öffentlichkeit wird für die Zeit von 17:05 Uhr bis 17:18 Uhr ausgeschlossen. Hier würden möglicherweise Persönlichkeitsrechte verletzt, wenn eine öffentliche Diskussion stattfinden würde, da Einzelheiten ansässiger und interessierter Unternehmen genannt würden, erklärt die Sprecherin der Fraktion Peto.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion spricht sich ebenfalls für eine nichtöffentliche Diskussion aus, da seitens der Fraktion noch Fragen bestünden, die nicht in der Öffentlichkeit gestellt und diskutiert werden könnten.

Der Sprecher der FDP-Fraktion hält eine öffentliche Diskussion im Hinblick auf mehr Transparenz für geboten.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss im nichtöffentlichen Teil zu belassen. Im Rat könne die Angelegenheit öffentlich behandelt und verabschiedet werden.

Diese Vorgehensweise wird einstimmig angenommen.

Es wird Öffentlichkeit hergestellt.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Sprecher der FDP-Fraktion bemerkt, dass das Protokoll zu TOP 15 folgende Unrichtigkeiten enthalte:

- o Teilergebnisplan, Produkt 00.01
Im Bezug auf den „papierlosen“ Rat habe die Prüfung dahingehend zu erfolgen, ob die Anschaffung von Tablet-PCs, nicht von PCs, sinnvoll sei.
- o Anträge
Der Antrag im Bezug auf das Schulwegsicherungs- und Radwegekonzept sei durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden.

Der Bürgermeister räumt die Versehen ein und sichert die Änderung des Protokolls zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift unter Berücksichtigung der o. g. Änderungen zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

4 Auflösung des Grundschulverbundes an der Armin-Maiwald-Schule
Vorlage: VIII/0882

Beschlussempfehlung

1. Zum Schuljahresbeginn 2012/2013 wird der Teilstandort Nord, Geschwister-Scholl-Straße 69, 40789 Monheim am Rhein, als eigenständiger Schulstandort des Grundschulverbundes Armin-Maiwald-Schule aufgelöst.
2. Gleichzeitig wird an dieser Stelle, befristet bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014, eine Dependence der Armin-Maiwald-Schule errichtet.
3. Die Zügigkeit an der Armin-Maiwald-Schule wird auf drei Eingangsklassen festgelegt.

einstimmig zugestimmt

5 Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg
Vorlage: VIII/0889

Protokoll:

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages getrennt von den restlichen Ziffern zur Abstimmung zu stellen. Grund hierfür sei, wie im Ausschuss für Bildung und Kultur seitens der Fraktion bereits ausgeführt, dass vor der Entscheidung über den Abriss des Schulgebäudes an der Geschwister-Scholl-Straße ein Inklusionsplan zu erstellen und ein Inklusionsbeauftragter zu benennen sei.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion schließt sich dem Antrag auf getrennte Abstimmung an.

Der Bürgermeister merkt an, dass hier die Gestaltung des Schulraumes Gegenstand der Beratung sei. Das Thema Inklusion würde Berücksichtigung finden, sei sachlich aber nicht mit der Entscheidung über den Schulraum zu diskutieren.

Die Festlegung auf das Jahr 2017 sei störend, so die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Auch die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass Bedenken bestünden, bereits jetzt einen Beschluss über die Schullandschaft zu treffen, ohne die weitere Entwicklung abzuwarten.

Dies sei lediglich eine Möglichkeit, die 2017 ergriffen werden könne, erwidert der Sprecher der CDU-Fraktion. Sofern sich zu einem späteren Zeitpunkt ergeben werde, dass eine andere Verfahrensweise nötig sei, könne jederzeit ein abweichender Beschluss gefasst werden.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung:

Beschlussempfehlung

1. Der für eine dreizügige Gemeinschaftsgrundschule im Offenen Ganztage erforderliche Schulraum der Armin-Maiwald-Schule wird durch einen Anbau auf dem Schulgrundstück an der Humboldtstraße bis zum Dezember 2013 auf Dauer sichergestellt. Die Verwaltung legt hierzu bis zu den bevorstehenden Sommerferien ein Planungs- und Finanzierungskonzept vor.
3. Die Stadt stellt dem Kreis Mettmann vom 01.01.2014 bis zum 15.08.2017 den nicht mehr für kommunale Zwecke benötigten Raum im Schulgebäude an der Geschwister-Scholl-Straße für den Betrieb der in Kreisträgerschaft geführten Paul-Maar-Schule/Hilden zur Verfügung.
4. Der bestehende, zum 31.08.2013 auslaufende Mietvertrag mit dem Kreis Mettmann über Teilflächen im Gebäude an der Geschwister-Scholl-Straße zur Unterbringung der Leo-Lionni-Schule wird nicht verlängert und durch eine neue bis zum 15.08.2017 befristete Regelung in einem mit dem Kreis Mettmann zu schließenden Mietvertrag über die Gesamtfläche des Schulgebäudes (siehe Beschlussvorschlag zu 3.) ersetzt.
5. Der bisherige Standort der Winrich-von-Kniprode-Schule an der Monheimer Straße bleibt auf Dauer erhalten.

Einstimmig zugestimmt

2. Die Nutzung des Schulgebäudes an der Geschwister-Scholl-Straße wird spätestens zum Ende des Jahres 2017 aufgegeben. Das Gebäude wird zurückgebaut. Die Grundstücksflächen werden zu Wohnbauzwecken überplant.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 14 Nein 5

6 Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz - Anbau von drei Gruppen an bestehenden Kindertagesstätten im Berliner Viertel Vorlage: VIII/0897

Beschlussempfehlung

1. Die erforderlichen drei Anbauten zur Schaffung der Raumressourcen für drei zusätzliche U3-Gruppen im Berliner Viertel werden durch Anbauten an den Kindertagesstätten Oranienburger Straße, Prenzlauer Straße und Grünauer Straße vorgesehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der drei U3-Anbauten bis zur Genehmigungsreife (Baugenehmigung) durchzuführen und auf dieser Grundlage die Fördermittel beim Landschaftsverband Rheinland (LVR)

zu beantragen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Bewilligung der Fördermittel aus dem U3-Ausbauprogramm in Höhe von 540.000 € die Baumaßnahmen auszuschreiben und zu realisieren.

4. Für die Baumaßnahmen und Gruppeneinrichtungen werden insgesamt 1.340.000 € bereit gestellt.

Hiervon werden im Haushaltsjahr 2012 für die Planung und die Fördermittelbeantragung außerplanmäßige Mittel in Höhe von 90.000 € im Teilfinanzplan B im Produkt 51.07 (Kindertagesstätten) bereit gestellt. Die Deckung erfolgt aus den Liquiditätsüberschüssen des laufenden Jahres.

Die übrigen Haushaltsmittel in Höhe von 1.250.000 € (netto 710.000€) sind im Teilfinanzplan B im Haushaltsjahr 2013 im Produkt 51.07 zu veranschlagen.

einstimmig zugestimmt

7 Mündliche Mitteilungen

7.1 Sachstand Verfahren CO-Pipeline

Protokoll:

In dem Berufungsverfahren zur Angelegenheit CO-Pipeline würde in Kürze ein verfassungsrechtliches Ergänzungsgutachten in Auftrag gegeben, erklärt die Verwaltung. Hierdurch solle deutlich gemacht werden, dass die verfassungsrechtliche Ausgangslage durchaus so sei, wie anfänglich gesagt. Die Verwaltung gehe nach wie vor davon aus, dass das Enteignungsgesetz nicht verfassungskonform sei.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Einheitslastenabrechnungsgesetz

Protokoll:

Da die Verfassungsbeschwerde einiger Städte gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz erfolgreich gewesen sei, bittet Ratsfrau Schlößer um Angabe, ob dies positive finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Monheim am Rhein habe.

Die Auswirkungen seien derzeit noch nicht absehbar, so die Verwaltung. Es sei zunächst festgestellt worden, dass das Gesetz nichtig sei. Das Land müsse nun eine neue Regelung finden, die es abzuwarten gelte. Nach der nun nicht mehr gültigen Berechnung sei die Stadt Monheim am Rhein für die Jahre 2006 bis 2009 zu einer Nachzahlung in Höhe von 960.000 € verpflichtet gewesen.

8.2 Sachstand papierloser Rat

Protokoll:

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schlöber erklärt die Verwaltung, dass mit dem Hersteller des Ratsinformationssystems Kontakt aufgenommen worden sei und noch einige Details zu klären seien. Eine abschließende Klärung und Kalkulation der Angelegenheit könne voraussichtlich bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erfolgen.

Ratsherr Gronauer regt an, sich mit der Verwaltung der Stadt Amsterdam in Verbindung zu setzen, da dort bereits seit 10 Jahren papierlos Kommunalpolitik betrieben würde.

8.3 Umfrage bei der freiwilligen Feuerwehr

Protokoll:

Aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen des Jahres 2011 würde derzeit eine Umfrage bei der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein durch die Feuerwehrleitung durchgeführt, merkt Ratsherr Brühlend an. Diese Umfrage sollte antrags- und beschlussgemäß unabhängig durchgeführt werden. Nun würden die Daten nicht anonym und durch die Wehrleitung erhoben. Daher bitte er um Beantwortung der Fragen:

- o Wie diese Vorgehensweise mit dem Wort „unabhängig“ zu vereinbaren sei?
- o Ob nur die Aussagen der freiwilligen Feuerwehr erfasst würden oder auch eine Beteiligung der hauptamtlichen Feuerwehr erfolge?
- o Ob die Fragen inhaltlich abgestimmt worden seien?

Der Bürgermeister erklärt, dass der Fragenkatalog inhaltlich abgestimmt worden sei. Zu den anderen Punkten würde eine schriftliche Beantwortung erfolgen.

8.4 Meldesystem im Internet

Protokoll:

Ratsherr Gronauer erklärt, dass er positiv zur Kenntnis genommen habe, dass das Meldesystem im Internet, das man anhand des Stadtplanes bedienen könne, nun aktiv sei und rege in Anspruch genommen würde. Leider würden die dort durch die Bürgerschaft angeregten Sachverhalte durch die Verwaltung auch dann als erledigt gekennzeichnet, wenn die Angelegenheit selbst noch nicht abschließend bearbeitet sei und die Verwaltung den Auftrag zuständigkeitshalber an Dritte weitergeleitet habe. Dies sei nicht auf den ersten Blick erkennbar und daher irritierend für die Nutzer des Meldesystems.

Da es sich hier um einen neuen Prozess handle, müssten noch einige Dinge optimiert werden, erläutert der Bürgermeister. Die Verwaltung arbeite bereits an diesem Thema.

8.5 Zufahrt zur Bürgerwiese

Protokoll:

Die Wiederherstellung der Zufahrt zur Bürgerwiese einschließlich des Schützensgebäudes sei in der letzten Ratssitzung besprochen und zugesagt worden, erklärt Ratsherr Gronauer. Hier sei bisher noch keine zufriedenstellende Instandsetzung erfolgt.

Die Verwaltung erläutert, dass die Flächen bereits mehrfach durch die Städtischen Betriebe ausgebessert worden seien. Die nicht betonierten Flächen seien mit einer Entwässerungsanlage versehen, die jedoch versandet sei. Es würde nun nach einer Lösung gesucht, die Flächen so herzurichten, dass auch eine Nutzung bei Regen erreicht würde. Dazu werde derzeit mit dem Eigentümer des Nachbargrundstückes verhandelt, ob er gestatte, die dort befindliche Entwässerungsanlage mit zu nutzen.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin